

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **20 (1940-1941)**

Heft 12

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Erstrahlend ganz von innerem Lichte
 Aufglühenden Flehens, geweihter Gesichte
 Ragt die Kathedrale.
 Braucht nicht der Stützen, braucht nicht der Streben,
 Von der Erde sich zu den Himmeln zu heben,
 Mal ewigen Heimwehs.

Politische Rundschau

Zur Lage.

„Wenn der Frühling in die Berge steigt“ — unter diesem Stichwort leitet Reichsminister Dr. Goebbels die neueste Ausgabe der deutschen Wochenzeitung „Das Reich“ ein. Mit dem gewohnten journalistischen und propagandistischen Temperament nimmt er sich, wie jede Woche, die Engländer vor, um ihnen, ganz auf der Linie der letzten öffentlichen Äußerungen Hitlers, ihr baldiges Ende vorauszusagen. „Wenn der Frühling in die Berge steigt“ — dann soll der Sturm losbrechen, der alle gegnerischen Reaktionen vernichten wird und unter dessen unwiderstehlicher Gewalt die englische Welt zusammenbrechen muß, weil die amerikanische Unterstützung nicht mehr durchkommt. Das ist die deutsche Prognose, die nun seit der Rede Hitlers vom 24. Februar unermüdlich und mit viel Geschick und jener propagandistischen Eindringlichkeit und Suggestionskraft abgewandelt wird, welche zu einer unbestreitbaren Errungenschaft der nationalsozialistischen Zeit geworden ist.

Tatsächlich: die wirkliche Entscheidung dieses Krieges werden zweifellos die Monate des Frühlings und des Sommers 1941 ankündigen. Zwar erscheint uns die nationalsozialistische Parole, daß dieser Krieg im Jahre 1941 sein Ende finden werde, zu einem guten Teil für den stimmungsmäßigen inneren Gebrauch bestimmt; und doch kommt ihr auch nach außen verpflichtende Bedeutung zu, die über ihre Funktion als Waffe im Nervenkrieg weit hinausgeht. Die Mittel der deutschen Kriegführung sind inzwischen zur höchsten Steigerung gebracht worden, und es ist zweifellos eine kriegerische Potenz von fast unvorstellbarem Gewicht vorhanden, genügend jedenfalls, daß eine solche Ankündigung durchaus ernst genommen werden muß. Freilich wiegt diese kompromißlose Formulierung der Prognose im Positiven wie im Negativen doppelt schwer. Die europäische Welt aber steht in diesen Tagen in der unmittelbaren Erwartung der größten und furchtbarsten Schlacht ihrer Geschichte.

* * *

In dem Grade, wie die Tage der letzten Entscheidung mit dem unwiderstehlichen Ablauf der Zeit näher kommen, hat sich auch die von uns im letzten Bericht erwähnte Entwicklung beschleunigt. Das Schwergewicht dieser Entwicklung allerdings erfuhr eine gewisse Verlagerung aus den Räumen des Mittelmeeres in den unmittelbaren Südosten, nachdem die große Schlacht, die am 9. Dezember

in der westlichen Wüste begonnen hatte, durch die am 7. Februar erfolgte Besetzung von Benghasi zum vorläufigen Abschluß gekommen war. Mit dieser großen nordafrikanischen Schlacht hatte das britische Empire nicht nur die Gefahr von den ägyptischen Positionen fühlbar abgewendet, darüber hinaus nicht nur die große kolonialisatorische Arbeit Italiens in diesem Teile Afrikas durch die Wegnahme der besten Gebiete zunichte gemacht, sondern zweifellos dem Prestige Italiens eine nicht unbeträchtliche Einbuße gebracht, die, weil sie ihren südlichen Partner betraf, auch die Achse als solche nicht unberührt lassen konnte. So kam es, daß Deutschland zu massiver Unterstützung seines Bundesgenossen übergehen mußte, die sich bald umfassender und vielseitiger erwies, als man ursprünglich hatte annehmen können. Während die schweren deutschen Luftangriffe auf Malta in der Berichtsperiode unentwegt weitergingen, erschienen am 26. Februar Panzertruppen deutscher Provenienz in der Großen Syrte, und immer beträchtlicher scheint auch das Ausmaß der deutschen militärischen Infiltration im italienischen Mutterlande selbst zu werden. Freilich hatte Italien in der Zwischenzeit noch weitere Schläge aushalten müssen; am 9. Februar erschienen unvermutet britische Schlachtschiffe und leichte Einheiten in der Bucht von Genua. Die Stadt wurde mit 300 Tonnen Geschossen überschüttet, wobei 144 Personen ums Leben kamen und 272 verletzt wurden. Kurz darauf, nämlich am 12. Februar, kam es zwar zu der Reise des spanischen Führers Franco nach Bordighera, die offensichtlich zur Hebung des italienischen Prestiges bestimmt war, und über deren Ergebnisse weiter auch nichts bekannt geworden ist. Allein eines ist heute außer Zweifel, daß nämlich das machtpolitische Schwergewicht im Bereiche der Achse völlig einseitig verlagert ist; hatte also Großbritannien mit seinen jüngsten Aktionen vor allem eine Schwächung des südlichen Achsenpartners im Auge, so ist dieses Ziel zweifellos erreicht worden, wobei man sich allerdings über die entsprechenden stimmungsmäßigen Rückwirkungen in dem betroffenen Volke nicht völlig im Klaren ist; daß aber England sich bemüht, neben allem anderen auch den italienischen Nerven direkt zuzusetzen, hat die Aktion der britischen Fallschirmjäger in Süditalien bewiesen.

Das Deutsche Reich aber sah sich in steigendem Maße veranlaßt, seine Truppen nach verschiedenen Gebieten Europas zu dislokieren, um so die Beherrschung des Kontinents durch die Achse demonstrativ und augenscheinlich zu gestalten. Gewisse Leute wollen nun darin eine relativ große Beanspruchung der deutschen militärischen Mittel erkennen; insbesondere verweisen sie dabei gerne auf das Entstehen neuer Fronten, was sich nicht nur zu Gunsten, sondern auch zu Lasten des Reiches auswirken könne. Dieses läßt sich natürlich nicht ohne weiteres bestreiten; andererseits ist aber das deutsche militärische Potential so bedeutend, daß die bisher eingeleiteten Diversionen zwar als solche wesentlich sind, belastend aber doch nur wenig ins Gewicht fallen können. Denn Deutschland verfügt heute über ungefähr 250 Divisionen, von denen freilich ein beträchtlicher Teil an der gesamten Ostgrenze steht. Allein trotzdem bleibt seine disponible militärische Stärke so erheblich, daß keine der bisher eingeleiteten Aktionen eine ernstliche Beeinträchtigung der Gesamtschlagkraft hat zur Folge haben können.

Dies gilt zweifellos auch für die Aktion im Südosten. Die Besetzung Bulgariens ist nunmehr durchgeführt. Nach allen Vorgängen kam sie nicht mehr unerwartet. Nachdem bereits am 6. Februar der Korrespondent des „Times“

in Sofia auf eine bevorstehende Aktion hingewiesen hatte, war am 9. Februar die Warnung Churchill's erfolgt, die sich durch plastische Deutlichkeit auszeichnete. Der 17. Februar brachte die vielbesprochene türkisch-bulgarische Erklärung, welche die gegenseitige Verpflichtung statuierte, „sich jeder Angriffshandlung zu enthalten“. Damit war allerdings nur festgelegt, daß die Türkei gegen einen deutschen Einmarsch in Bulgarien militärisch nicht reagieren würde; wie sie aber ihr Verhalten bei einer deutschen Aktion gegen Griechenland einstellen würde, wurde nicht gesagt, und die Antwort auf diese Frage ist auch bis heute — durchaus absichtlich — offen geblieben. Hier zeigt sich wieder das Einsetzen der russischen Einflüsse; wo diese bestehen, besteht auch Unklarheit.

In Ankara sah man sich in der Folge intensiven Bemühungen der Kriegsführenden ausgesetzt. Der britische Außenminister Eden hielt sich vom 26. Februar bis 1. März in der türkischen Hauptstadt auf; über das Ergebnis der Verhandlungen ist nichts bekannt geworden. Auch Deutschland intervenierte — mit einer persönlichen Botschaft Hitlers — in Ankara. Indessen bleibt die künftige Haltung der Türkei, zumal unter der Hypothese eines deutschen Vorstoßes nach Griechenland, völlig unbestimmt.

Nachdem am 1. März der Beitritt Bulgariens zum Dreimächtepakt, am 2. März der Einmarsch der deutschen Truppen in Bulgarien erfolgt war, erschien am 4. März die bekannte russische Erklärung, nachdem übrigens bereits am 20. Februar ein deutschfeindlicher Geheimsender in Galizien in damals undurchsichtiger Weise eine russische Mißbilligung deutscher militärischer Aktionen in Bulgarien verkündet hatte. An sich bedeutete diese Stellungnahme zwar nichts neues; denn sie war, wie man weiß, schon in dem bekannten Communiqué der amtlichen russischen Telegraphenagentur vom 13. Januar festgelegt worden. Die russische Erklärung vom 4. März erschien immerhin als eine recht deutliche Stellungnahme gegen die neue Politik Bulgariens und damit auch zweifellos gegen die deutsche Aktion. Damit ist vorerst eine — zwar sehr relative — Abklärung eingetreten.

Freilich: welche Rückwirkungen diesem einstweilen durchaus papierenen russischen Vorstoß folgen werden, ist völlig unbestimmt. Vorläufig scheint das Geheimnis in Ankara wohl gehütet zu werden. Und im übrigen muß es zweifellos auffallen, daß bis heute jede britische Gegenaktion angesichts der neuen Verhältnisse in diesem Raum völlig unterblieben ist. Man wird vielleicht vermuten, daß diese auffällige Passivität mit der russischen Politik und nicht allein mit der türkischen in Verbindung stehe. Jedenfalls weiß heute niemand, was in Bezug auf die Milarmee disponiert worden ist und ebensowenig bestehen Anhaltspunkte für den kommenden Einsatz der britischen Luftwaffe des Mittelmeerbereiches. Sowohl die rumänischen Ölfelder wie die bulgarischen Bahnen und Straßen sind bis heute unbelästigt geblieben. Und was in und um Saloniki und auf den griechischen Inseln des Ägäischen Meeres geschieht, ist von dem Schleier des Geheimnisses umgeben.

Daß die englischen Entschlüsse, die wohl inzwischen gefallen sind, völlig im Dunkel gelassen werden, entspricht zweifellos einer wohlerrungenen Absicht. Die Unsicherheit, welche über das künftige Verhalten Griechenlands besteht, ist damit im Zusammenhang zu betrachten. Die Aktionen in Albanien sind zwar nicht völlig zum Stillstand gekommen, aber gleichwohl in beträchtlichem Maße abgeflaut; in Italien hört man zwar Andeutungen über eine bevorstehende italienische Offensive, nachdem alle bisherigen Versuche in dieser

Richtung fruchtlos geblieben sind. Die weitere Entwicklung ist also auch nach dieser Richtung noch durchaus in der Schwebe.

Was freilich die Wirkung der russischen Erklärung auf Deutschland betrifft, so hat sie, wie es scheint, die Entschlüsse eher beschleunigt. Das Reich hält wohl sehr darauf, den doch eher störenden Einfluß, den diese Erklärung haben mußte, durch eine gesteigerte Verfolgung der eingeleiteten Politik zu paralyzieren. In dieser Richtung liegen die in den letzten Tagen weiter beschleunigten Verhandlungen mit Jugoslawien, das sich zweifellos einem steigenden Druck ausgesetzt sieht. Es ist von Interesse, in diesem Zusammenhang der Entwicklung zu gedenken, die dieses Land durchgemacht hat. Die engen Verbindungen zu Frankreich, die seit dem Weltkrieg datierten und in der serbischen Bevölkerung gefühlsmäßig verankert waren, mußten schon vor Beginn des jetzigen Krieges infolge der rapid sinkenden französischen Machtstellung und der gleichermaßen steigenden deutschen Machtfülle aufgegeben werden. Auf die Ausöhnung mit Italien folgte eine immer engere Beziehung zum Deutschen Reich, die sich vor allem in der wirtschaftlichen Sphäre äußerte, wo heute die Bindungen denkbar eng geworden sind. Da ist es denn doch äußerst fraglich, ob der britische Einfluß stark genug ist, dem zweifellos in großem Maße bestehenden Selbständigkeitswillen der Jugoslawen gegenüber dem direkten und auch geographisch umfassenden Druck des Deutschen Reiches den Rücken zu stärken — Italien ist auch hier, logischerweise, merkbar zurückgetreten.

Inwieweit sich zur Unterstützung der britischen Bemühungen amerikanische Einflüsse geltend gemacht haben, ist nicht abgeklärt, wenn auch die Reise des amerikanischen Obersten Donovan, die vor wenigen Wochen im Auftrag Roosevelts erfolgte, und in der auch Jugoslawien berührt wurde, gewisse Vermutungen in dieser Richtung unbedingt zuläßt. Es ist aber doch äußerst fraglich, ob der amerikanische Präsident soweit gegangen ist, sich gar mit dem Angebot einer Garantie an Jugoslawien in diese Bezirke einzulassen. Zu jener Zeit standen die Bestimmungen des Gesetzes zur Hilfe an England mitten in der Beratung und ein Garantieangebot an einen für amerikanische Begriffe schließlich recht abgelegenen Staat, mit dessen Veröffentlichung gerechnet werden mußte, hätte der Opposition gegen das Gesetz einen dem Präsidenten sehr unerwünschten Auftrieb geben müssen.

Nachdem der Kongreß der Vereinigten Staaten dieses Gesetz inzwischen mit einer starken Mehrheit angenommen hat, ist es in Kraft getreten. Damit soll eine umfassende Hilfe an England praktisch wirksam werden, denn die Einzelheiten ihrer Durchführung sind inzwischen bereits weitgehend vorbereitet worden. So werden denn von nun an beträchtliche Mengen von Kriegsmaterial aller Art, Lebensmittel, gewisse Rohstoffe den Weg nach England nehmen, man wird ihm Handelschiffe überlassen und Kriegsschiffe zur Verfügung stellen, die solche und andere Transporte bewachen werden — und alle diese Leistungen sollen in Zukunft weder eine direkte Bezahlung durch den Bezieher, noch irgendwelche Belastung erfordern; zweifellos eine in der Geschichte bisher nicht bekannte Unterstützung, und in Wirklichkeit viel mehr als eine Unterstützung: nämlich die tatsächliche Herstellung einer Koalition, eines zweckbedingten und unbeschränkten Zusammenwirkens zur Erreichung eines gemeinsamen Zieles.

Die Frage ist nun aber durchaus offen, wieviele dieser Transporte an ihrem Bestimmungsort ankommen werden, und diese Frage wird durch

die zahlreichen neuen deutschen Unterseeboote und ihre frisch ausgebildeten Besatzungen aufgeworfen. Niemand weiß heute die Antwort. Allein dies ist außer Zweifel: daß England in den kommenden Monaten zum Kampf auf Leben und Tod antreten wird. Bereits sind in einer Woche 25 % amerikanischer Kriegslieferungen durch feindliche Einwirkung untergegangen

Den Engländern ist nun freilich der Ernst der kommenden Lage durch ihre eigenen Staatsmänner ohne jede Zurückhaltung dargelegt worden. Auch die Rede Churchill's vom 9. Februar hieb wiederholt in dieselbe Kerbe; Invasionsgefahr und Blockadengefahr sind heute die beiden Komponenten der englischen Existenzorgen. Daß auch die erste nach wie vor aktuell ist, ging u. a. wieder deutlich hervor aus einer Warnung, die der Ministerpräsident von Südirland, de Valera, am 11. Februar aussprach; auch beginnen die nächsten Luftangriffe auf englische Städte wieder größere Dimensionen anzunehmen. Auf der anderen Seite haben die erfolgreichen Angriffe auf Geleitzüge schon seit Mitte Februar wieder zugenommen. Wir befinden uns also bereits im Anfangsstadium der Entscheidungsschlacht, die das Schicksal Englands, des Kontinents — und unsere eigene Zukunft bestimmen wird.

Der Entschiedenheit, mit der auf führender deutscher Seite die Bezwingung Englands, des Kontinents — und unsere eigene Zukunft bestimmen trotz allem zuversichtliche Stimmung gegenüber. Diese gründet sich in der Hauptsache wohl auf die Erfahrungen der Monate, die der Katastrophe Frankreichs gefolgt sind; sie ist deshalb zu einem großen Teil psychologischer Natur. Ganz zweifellos hat der Verlauf der Luftschlachten des letzten Herbstes die englische Zuversicht in bedeutendem Grade gehoben, wie auch aus einem kürzlich an dieser Stelle wiedergegebenen Bericht hervorging. Auch die militärischen Erfolge in Nordafrika und neuerdings ist Ostafrika und im Reiche des Negus, dessen theatralische Wiederauferstehung zu den pikanten Nebenerscheinungen der großen Ereignisse gehört, haben das Selbstvertrauen der Engländer mächtig gehoben. Andererseits ist doch wohl anzunehmen, daß es den britischen Anstrengungen in den Monaten des Winters, der eben zu Ende gegangen ist, gelingen konnte, ein gewisses Maß an Reserven aller Art in die Insel zu stopfen, sodaß eine relative Möglichkeit, durchzuhalten, wahrscheinlich auch im Falle ganz bedeutender prozentualer Einbußen an fahrendem Schiffsraum besteht.

Im Zusammenhang mit den kommenden Ereignissen verdient die Haltung Japans aus besonderen Gründen beachtet zu werden. Zweifellos sind dort in den letzten Wochen einige — und zwar nicht unerhebliche — Unklarheiten aufgetreten. In der Zeit zwischen Anfang und Mitte Februar wurde im japanischen Parlament verschiedentlich über den Dreimächtepakt diskutiert und dabei insbesondere Art. 5 dieses Paktes beanstandet, weil er Japan keine deutsch-italienische Unterstützung gegen Rußland gewähre; am Ende sah sich der japanische Außenminister veranlaßt, anzudeuten, er werde gegebenenfalls eine Revision dieses Artikels verlangen. Bedeutungsvoller aber als dies war eine um den 20. Februar nach London ergangene Sonderbotschaft des japanischen Außenministers, worin ganz deutlich von einer eventuellen Vermittlung Japans im jetzigen Krieg die Rede war. Gewiß wird man Näheres über diesen zum mindesten seltsamen Schritt einstweilen

nicht erfahren; allein der Vorstoß Japans, der von deutscher Seite — hier mit Überraschung aufgenommen — eine unmißverständliche Ablehnung erfuhr — wie übrigens auch von englischer Seite — verdient, in Beziehung zu der nun beginnenden entscheidenden Auseinandersetzung, gebührend beachtet zu werden.

Schließlich hat die Politik der Regierung von Vichy, also die durchaus persönliche Politik des Marschalls, in der Berichtszeit eine interessante Entwicklung durchgemacht. Erinnern wir uns, daß im besetzten Gebiet zu Anfang Februar eine heftige Kampagne gegen die Politik der Regierung von Vichy eingeleitet worden war, der man vorwarf, die Grundsätze von Montoire verlezt zu haben. Es wurde sogar eine „Volksbewegung“ aufgezogen. Nachdem zwischendurch der Pariser Polizeipräsident Langeron abgesetzt und für einige Tage in Haft genommen worden war — angeblich wegen Unterstützung der Bewegung de Gaulles — kam nach verschiedenen Reisen Darlans nach Paris das Angebot an Laval zustande, wieder in die Regierung einzutreten — aber ohne die frühere privilegierte Mission. Nachdem Laval dies abgelehnt hatte und im besetzten Gebiet verblieben ist, wurde die Rekonstruktion der Regierung des Marschalls vorgenommen, als deren Abschluß eine bedeutende Machterweiterung des Admirals Darlan und das Ausscheiden von Flaminio und Peyrouton sich ergab. In der Zwischenzeit hatte sich der Marschall mit Franco in Montpellier getroffen, ohne daß allerdings bis heute ein Ergebnis spürbar geworden wäre. Aus allerjüngster Zeit verdient eine Mitteilung über deutsch-französische Zusammenarbeit im französischen Pressewesen Beachtung, während neuerdings, wie schon wiederholt, eine französische Erklärung über die Entschlossenheit, das afrikanische Imperium unter allen Umständen zu verteidigen, abgegeben wurde, dies, nachdem General Weygand vorübergehend aus den nordafrikanischen Gebieten nach Vichy zurückgekehrt war.

* * *

In der großen Rede, welche Mussolini am 23. Februar vor den Faschisten hielt, kam er bei einem Rundblick auch auf die Stellung verschiedener Staaten Europas zu sprechen:

„Europa ist daher“, so äußerte er sich in diesem Zusammenhang, „mit Ausnahme Portugals und der Schweiz, und für einige Zeit noch Griechenlands, außerhalb Großbritanniens und gegen Großbritannien. Diese Situation ist völlig auf den Kopf gestellt im Vergleich zu 1914/18...“

Aus dieser Wendung des italienischen Staatsmannes haben wir in der Schweiz mit Interesse vernommen, daß unser Land, mit Ausnahme von Portugal, der einzige neutrale Staat in Europa ist, nachdem die Bemerkung in Bezug auf Griechenland offensichtlich nach einer völlig anderen Richtung weist.

Verschiedentlich ist aufgefallen, daß in diesem Zusammenhang Schweden nicht erwähnt wurde. Weshalb dies wohl nicht geschah, dies ist uns dieser Tage durch eine völlig einwandfreie und zuverlässige Information zur Kenntnis gekommen. Schweden hat nämlich seine neutrale Stellung ebenso eingebüßt wie Finnland, wenn man wenigstens dem Begriff „neutral“ seinen einzig wirklichen und richtigen Inhalt bewahrt — also ungefähr im Sinne einer völlig unabhängigen Mittelstellung zwischen den kriegführenden Mächten. Davon aber kann weder für Finnland, noch auch für Schweden die Rede sein. Man weiß, daß Finnland der deutschen Armee verschie-

dene Etappenlinien zur Verfügung gestellt hat. Darüber hinaus geht aus neuesten Informationen hervor, daß deutsche Truppen den finnischen Hafen Petsamo besetzt halten. Es mag das Bedürfnis nach Rückendeckung gegen weitere russische Bedrohung gewesen sein, das Finnland veranlaßte, so weit zu gehen. . . .

Was nun Schweden betrifft, so hat sich in letzter Zeit eine Anpassung an deutsche militärische Bedürfnisse herausgestellt, die in diesem Ausmaß bisher nicht bekannt geworden ist. Bekannt war lediglich, daß Schweden eine Verbindung für deutsche Urlauberzüge aus dem nördlichsten Norwegen nach dem Bottnischen Meerbusen zur Verfügung gestellt hatte, wobei indessen vereinbart war, daß die deutschen Urlauber ohne Waffen das schwedische Territorium zu passieren hätten. Man erfährt nun aber, daß die Verhältnisse sich seitdem beträchtlich geändert haben. Zur Zeit sind verschiedene schwedische Linien und Verbindungsstrecken zur norwegischen Grenze als Etappenlinien in deutscher Hand, wo sie von deutschen Truppen gesichert werden, die sich damit, und zwar bewaffnet, auf schwedischem Territorium befinden.

So hat ein weiteres Land seine Neutralität eingebüßt.

* * *

Die Schweiz begeht im Jahre 1941 den 650jährigen Gedenktag der Gründung der Eidgenossenschaft. Sie begeht diesen Tag im Schicksalsjahr Europas, das zugleich ihr eigenes Schicksalsjahr sein wird.

In diesem Jahre gilt der Dank des Schweizervolkes der Arbeit der vielen tapferen Generationen, die sein Haus in Freiheit errichtet und bis zum heutigen Tage frei bewahrt haben. Nun steht es vor der entscheidenden Bewährungsprobe.

Möge die große Kraft, die aus dem Schoß der Freiheit erwächst, in diesem Schicksalsjahr unser Volk erfüllen.

Zürich, den 9. März 1941.

Jann von Sprecher.

Schweizerische Umschau.

Das Fahrrad in der Schweiz. / Noch zwei welsche Zeitschriften: „Traits“ und „Suisse contemporaine“. / Sparsamkeit wird mit Arbeitshaus bestraft.

Das erste Veloziped, nach seinem Erfinder „Michanline“ genannt, tauchte anno 1868 von Frankreich her in der Schweiz auf; es war ein Hochrad, das durch Tretkurbeln an der Vorderachse in Bewegung gesetzt wurde. Erst viel später, im Jahre 1885, trat dann das heutige Niederad bei uns seinen Siegeszug an. Wie es so oft bei Neuerungen zu gehen pflegt, hatten es die Pioniere des Fahrrades nicht leicht. Spott ernteten sie, Argernis erregten sie, ja es wurden ihnen sogar üblicherweise Hunde nachgehetzt. Mit der stetigen Verbesserung des „Velos“ — schon diese Abkürzung zeugt für den wachsenden Eingang in das Volk —, insbesondere mit der Verbreitung des 1888 von Dunlop erfundenen luftgefüllten Gummischlauches und des 1900 eingeführten Freilaufes, gewann aber das neue Fahrzeug ziemlich zahlreiche Freunde. Schon im Jahre 1904 konnte deshalb der Zentralpräsident des „Schweiz. Velozipedisten-Bundes“ an einem Feste frohlockend ausrufen: „Radfahrer“ — einst welch Wort des Hohnes und beißenden Spottes. Es schien, als wäre es der Wille des Schicksals, daß dieser Sport unter

dem Drucke der Verachtung zusammenbrechen und wieder zunichte würde. Aber das Gute strebt eben trotz aller Schicksalsschläge mächtig und unaufhörlich empor und pflanzt sein Banner siegverkündend auf. In der Gegenwart schweigen die Spötter, und ihrer viele sind bekehrt und huldigen dem einstigen Gegenstande ihres Spottes, dem Radsports, der so viel Gutes, Edles und Schönes im Gefolge hat.“ Auch wenn man von dem etwas hohen Schwung dieser Festrede absieht, so bleibt ihr doch zu entnehmen, daß sich damals das Fahrrad durchgesetzt hatte. Heute zeigt sich schon ein weiteres Bild der Entwicklung: das Fahrrad ist zu einem unentbehrlichen Bewegungsmittel des ganzen Volkes geworden. In seiner Werbe-Nummer konnte deshalb der „Rad-Sport“ letztes Jahr feststellen: „Nach authentischen Angaben der kantonalen Polizeidirektionen gibt es in der Schweiz nun weit über eine Million Radfahrer und Radfahrerinnen. Heute besitzt somit jeder vierte Einwohner der Schweiz ein Fahrrad, und wenn der Siegeszug dieses populärsten Verkehrsmittels anhält, wird das Verhältnis zur Einwohnerzahl in einigen Jahren 3:1 stehen. Von den europäischen Staaten nimmt die Schweiz hinter Dänemark und Holland bereits den dritten Rang ein. Dabei dürfen wir nicht vergessen, daß unsere Heimat ein Alpenland ist.“ Was die genauen Zahlen anbetrifft, so erhellt die geradezu unglaubliche Verbreitung des Fahrrades aus folgenden Angaben: Im Jahre 1920 errechnete man 410 000 Velos, im Jahre 1930 schon 805 000 und im Jahre 1940 gar 1 333 817, womit sich also die Zahl der Räder innert 20 Jahren mehr als verdreifacht hat.

Aus dem Radsahrmuseum, dessen Schaffung erfreulicherweise im Rahmen eines allgemeinen Verkehrsmuseums angestrebt wird, dürfte dereinst hervorgehen, daß diese Entwicklung angebahnt wurde vom sportlichen Rad-Rennfahren, und daß sie Hand in Hand ging mit dem Aufbau einer schweizerischen Fahrrad-Industrie. Um mit dem Rennsport zu beginnen, bildeten die Rennfahrer gleichsam den Vorspann des gesamten Radsportwesens. Nach dem übereinstimmenden Urteile der Sachkenner ist ihnen nicht nur die heutige technische Vollendung des Velos, sondern auch seine Verbreitung im Volke zu verdanken. Es leuchtet ein, daß der mit dem Rennwesen verbundene, im Sinne der Polarität alles menschlichen Tuns zweifellos überbetonte Hinweis auf das Fahrrad doch erst dessen Verwendungsmöglichkeit und Praktikabilität dem Publikum vor Augen stellte. Veranstaltungen wie die häufigen Bahnrennen und besonders die „Tour de Suisse“ (1933/39), aber auch die ungezählten Straßenrennen seit der ersten „Genfersee-Rundfahrt“ von anno 1879 mögen gewiß zum Teil schauspielmäßige Übertreibungen bilden, aber ihre führende Funktion für eine nützliche Sache muß man ihnen doch lassen. Im übrigen läßt sich der ernsthaft betriebene Radrennsport unzweifelhaft jedem anderen Sporte als ebenbürtig an die Seite stellen; namhafte Erfolge sind denn auch nicht ausgeblieben. Eigene Beobachtungen, eine Überprüfung seiner soliden Regelung durch den Schweiz. Radsport-Bund oder auch ein Blick in das neue wertvolle Buch von K. Frank: „Rennfahrer-Training, Taktik, Sieg“ erweisen, daß grundsätzlich gesunde Ansichten vertreten werden. Die nötige Selbsterziehung des Rennfahrers wird beispielsweise von K. Frank so umschrieben: „Geist, Wille und Kraft schaffen den Erfolg des Radrennfahrers. Die Begeisterung allein taugt nichts... Drei Haupteigenschaften hat sich der Rennfahrer zu erobern: 1. die Trägheit im Training zu überwinden; 2. die Selbstüberwindung gegen Versuchungen aufzubringen; 3. im Rennen das Durchhalten zu erzwingen.“ Unsere Schweizer Rennfahrer nun waren, um zu der schweizerischen Fahrradindustrie überzugehen, anfänglich jahrzehntelang auf ausländische Velos angewiesen, die hauptsächlich aus England, Frankreich und Deutschland kamen. Noch spielten die schweizerischen Fahrräder wie „Condor“ und „Schwalbe“ — die „Condor“-Fabrik wurde als erste Fahrradfabrik der Schweiz im Jahre 1895 gegründet — keine wesentliche Rolle, außer daß sie beim

Militär Eingang fanden. Erst vor etwa zehn Jahren wurde das anders. Es taten sich bald da, bald dort neue Werkstätten auf (Marken: „Cosmos“, „Allegro“, „Tour de Suisse“, „Mondia“, „Egli“ usw.), welche Fahrräder oder auch nur Bestandteile dafür erzeugten, bis daß man heute feststellen kann, „daß in der Schweiz nicht nur die schönsten, sondern auch die besten Fahrräder hergestellt werden“ (NZZ). Auch hinsichtlich der Produktion läßt sich unsere Velo-Industrie sehen, gelangen doch nach einer Schätzung jährlich etwa 160 000 Stück zur Vollendung.

Sich ein Zukunftsbild unseres Radfahrwesens auszumalen, ist wohl nicht allzu schwer. Das Fahrrad selbst ist nunmehr in seinen gebräuchlichen Typen — Rennmaschine, Tourenrad, Berufsrad, Militärrad und Frauenrad — so durchkonstruiert, daß wesentliche Verbesserungen kaum mehr in Frage kommen. Die Velos haben ja jetzt z. B. auch in Form der Dynamos ihre eigenen Lichtspender, und selbst die kraftsparenden Übersetzungswechsel — der „Egg“-Wechsel und der Mutaped-Wechsel sind notabene Erfindungen von Schweizern — setzen sich durch. Andererseits dürfte unser Volk bald in seinem absoluten Bedarf an Rädern gesättigt sein, so daß nur noch Räder ersetzt werden, die absolute Zahl jedoch sich nicht über etwa anderthalb Millionen Stück hinaus vermehrt. Schließlich ist das Velofahren doch nicht jedermanns Sache, und es scheiden als Fahrer beinahe zwei Millionen Kinder und alte Leute von unserem Viermillionenvolke von vornherein aus. Müssen wir also jetzt mit einem gewissen Stillstand in der Verbreitung rechnen, so bleibt doch in der Anpassung an den gesteigerten Beloverkehr von der öffentlichen Hand vieles zu tun. Ich nenne nur die Erziehung der Fahrer zu einem geordneten Verkehr — Verkehrsregeln und Zustand der Räder! — und den Bau von Radfahrerwegen. Seit Jahren bemüht sich der anno 1883 gegründete Schweizerische Radfahrer-Bund, in welchem sich 56 000 aktive Radfahrer zusammengeschlossen haben, dem Publikum und den Behörden diese Notwendigkeiten klar zu machen. Gerade Radfahrerwege erweisen sich bei der heutigen Großzahl von Radfahrern als eine dringliche Notwendigkeit, wenn nicht zahlreiche Unfälle vorkommen sollen, sobald der Autoverkehr wieder auflebt. „Baut Radfahrwege!“ hat darum Dr. Th. Gubler in einer wohldokumentierten Broschüre (herausgegeben von der Schweizer. Straßenverkehrsliga) den kantonalen Bauinstanzen zugerufen. Obschon sie ja selber nicht daran schuld sind, daß solche Wege nötig werden, müssen wohl auch die Radfahrer in einem gewissen Maße zur Tragung der dadurch entstehenden Kosten herangezogen werden, wie es übrigens ein neuer bernischer Gesetzesentwurf vorsieht. Endlich dürfte in Zukunft das Interesse am Radrennwesen eine andere Form annehmen. Die begeisterte Neuheit der ersten sechs „Tour-de-Suisse“-Rennen flacht ab, und in den finanziellen Schwierigkeiten der Zürcher Rennbahnen (Rennbahn Derlikon und Hallenstadion) spiegelt sich das ungenügende Interesse an solchen Veranstaltungen. Dagegen bahnt sich wohl mit der Einführung des Schweizerischen Sportabzeichens ein höheres sportliches Niveau im Durchschnitt der Radfahrer an, und auch das Radwandern über die Berge und Täler unserer Heimat wird zum Nutzen des vaterländischen Sinnes inskünftig noch viel mehr junge und ältere Leute erfreuen. Nur muß man dafür sorgen, daß dabei auch der Sonntag zu seinem Rechte kommt.

* * *

„Zurück zur Natur!“ so vermeint man im Welschland zu hören wie zu den Zeiten von Jean Jacques Rousseau, wenn man die beiden neuen Zeitschriften „Traits“ und „Suisse Contemporaine“ aufschlägt, die im letzten Hefte vor „Le Mois Suisse“ unserer Betrachtung entgangen sind. Allerdings: wir werden von diesen Periodica nicht eingeladen, mit Daphnis und Chloe auf blumiger Au ein Schäferstündchen zu verbringen, wie es uns einst Salomon Gessner ausmalte. Aber ihre Haltung wird doch dadurch gekennzeichnet,

daß sie den Menschen in seiner natürlichen geistigen Gestalt erfassen und daraus eine neue Gemeinschaft aufbauen wollen. „Nous augurons que les vertus naturelles reprendront quelque place et faveur dans les temps qui viennent.“ — so heißt es in den „Traits“, die sich übrigens zum Ziele setzen: „définir de nouvelles et fondamentales valeurs“ und sich anheischig machen, an der Herbeiführung einer neuen Zeit zu arbeiten, wo der Mensch wieder mehr Meister sei über sich, seine Arbeit und seine Erde. Dieses Streben nach einer Erfassung des natürlichen Menschen geht sogar so weit, daß die heutige Schule als „atelier de stérilisation“ bezeichnet wird, der man normale Kinder in die Hände gebe, damit sie rückständige Menschen daraus mache; insbesondere sei der klassische Unterricht eine Stätte der „dénaturalisation“, der „dévitalisation“ und der „mortification“ für die Jugend. In das gleiche Horn stößt die „Suisse Contemporaine“, welche sich um die Jahreswende von der Zeitschrift „Formes et couleurs“ bezw. „Suisse Romande“ getrennt hat, nur daß sie etwas feinere Töne hervorbringt. Begleitend ist ihr, wie der Schriftleiter René Bovard in seinem Einführungsworte dartut, der Begriff „Présence“, der nur das Wesentliche ergreift und das Unwesentliche, besonders das bloß der Vergangenheit angehörende wegschiebt. Da lesen wir, was die Zielsetzung anbelangt: „Nous voyons notre but dans la sauvegarde des valeurs qui constituent la dignité de la personne et qui sont inséparables du maintien de la liberté d'une part, et d'autre part de la préparation de l'ordre nouveau, défense de ce qui nous est propre et en même temps du meilleur de la culture européenne.“ Wie das nun aber gemeint ist mit den natürlichen Eigenschaften des Menschen, die seine Würde ausmachen, leuchtet nicht ohne weiteres ein, und wird auch nicht deutlich ausgesprochen. Allerdings läßt es sich ahnen, nachdem die „Traits“ dem Buche von Denis de Rougemont „Mission ou démission de la Suisse“ Erfolg gewünscht haben, und nachdem die „Suisse Contemporaine“ die „Présence“ auf den guten Willen der Weihnachtsbotschaft zurückgeführt hat. Darnach will man sich möglicherweise an die von den Reformatoren ins Licht gestellte menschliche Berufung halten. Immerhin muß ich gestehen, daß mir aus den bisherigen wenigen Hefen noch keineswegs klar geworden ist, wie sich die Herausgeber den Menschen denken, den sie zum Ausgangspunkt der neuen Ordnung erkoren haben, ob für ihn rationalisches Naturrecht, Idealismus oder Christentum gilt.

Auffallen muß, wie viel in den Hefen von „liberté“ die Rede ist, eine Erscheinung, die man übrigens derzeit auch in der „Gazette de Lausanne“ beobachtet. Bildet sich etwa im Welschland wieder jener Herd von Freiheitsgedanken, den wir schon von Rousseau und Vinet her kennen? Und sind unsere welschen Stände dazu berufen, in einer Welt voller Zwang gewisse Sphären persönlicher und staatlicher Freiheit zu bewahren? Man denke nur auch an den Föderalismus, den sie pflegen. Kämpfen will man da für eine soziale Ordnung, worin das Wesentliche ist „la liberté de la personne, où le droit de la personne à jouir de cette liberté sera considéré comme supérieur à tous les droits de la tradition et de la richesse“ („Traits no. 4“). Und erleuchtet erkennt Alfred Borel in seiner politischen Chronik („Suisse cont.“), daß alle nationalen Revolutionen in der Schweiz ihre eigenen Ausdrucksformen gewannen: „Nos révolutions seront toujours de l'ordre de l'individuel et les vocations personnelles ne pourront jamais s'épanouir que dans une cité dont les lois et les citoyens ne bafoueraient pas le sentiment concret et particulier de la dignité de l'homme qui est l'expression la plus naturelle et la plus profonde en même temps, de notre génie national.“ Daß sich dieser Aufbau aus dem Individuellen auch auf den Staat bezieht, liegt auf der Hand; dem entspricht die Forderung von Daniel Simond („Suisse cont.“), daß sich der Bund auf eine bloß politische Einigung beziehen müsse und nicht in die Sphären der Sprachen, Konfessionen und Kulturen eingreifen dürfe. Solche Diskussion um Freiheit und Föderalismus ist heute der welschen Schweiz eigentümlich und zwar im deutlichen Unterschied zur deutschen Schweiz.

An der „Suisse contemporaine“ scheinen mir noch zwei Gedanken bemerkenswert: beide sind vorab an die Intellektuellen gerichtet. Da ist einmal die Behauptung von Daniel Simond, daß die Poesie vor der Politik komme als „l'expression la plus haute et la plus totale de l'homme“ und sodann der Aufruf von Maurice Kues, sich mit dem typischen „Besoin de grandeur“ nicht zu hoch hinaus zu wagen, sondern eher mit jenem Waadtländer Bauer zu sagen: „Nous, on veut rester comme on est“. Das ist recht schweizerisch gedacht. Überhaupt müht mau sich im Welschland jetzt, nachdem Frankreich versagt hat, in anerkannter Weise um die geistige Selbstversorgung.

* * *

Aus dem Zürcher Obergericht wurde jüngst über einen Fall von sogenanntem „Sozialbetrug“ in der Zeitung folgendes berichtet: „Im Verlaufe von sechs Jahren hatte sich der 67jährige Angeklagte Sch. Sozialleistungen verschiedener Art im Betrage von über 4000 Fr. widerrechtlich erwirkt, indem er offensichtlich verschwieg, daß er und seine Ehefrau über ein bescheidenes Vermögen verfügten. Das Gericht verurteilte den Mann zu einer Strafe von 11 Monaten Arbeitshaus. Angesichts der ganz besonderen Umstände sprach das Gericht die Verurteilung bedingt aus, unter Ansetzung einer Probezeit von drei Jahren. Hohes Alter des bisher unbescholtenen Angeklagten, seine Notlage, sein Geständnis, seine gezeigte Reue — er hat von sich aus mit dem fortgesetzten Vergehen aufgehört und damit die Aufmerksamkeit der Untersuchungsbehörden auf sich gezogen —, seine schwer erschütterte Gesundheit, alle diese Momente zusammen haben das Gericht bewogen, Milde walten zu lassen.“

Wir greifen diesen Fall auf und behandeln ihn unter dem Titel „Sparsamkeit wird mit Arbeitshaus bestraft“. Praktisch läuft nämlich das Urteil des Zürcher Obergerichtes darauf hinaus. Die Schuld daran liegt allerdings nicht beim Gerichte, das einfach einen Betrug zu beurteilen hatte und dieser Pflicht nachkam, sondern bei der Gesetzgebung. Insofern, als nun die Gesetzgebung und auch die Strafpraxis wohl überall gleich sind, und die Behandlung solcher Fälle immer mit dem gleichen Ergebnis endet, darf die Sache allgemeines Interesse beanspruchen. Nur insoweit können wir dem Gerichte nicht beipflichten, als es glaubte, den „Sozialbetrug“ — den Mißbrauch wohlthätigsozialer Einrichtungen wie Arbeitslosenunterstützung, Krisenhilfe, Winterhilfe, Armenpflege zc. — schärfer ahnden zu müssen als „gewöhnliche Vermögensdelikte“ und auch mit der bedingten Verurteilung sparsamer umzugehen. Wo steht so etwas vorgeschrieben? Schon der Unterschied, den das Gericht macht, weist auf die Problematik dieser Beurteilung hin. Darnach wird das Gut des Staates als wertvoller betrachtet, als das Gut des Privaten, und der öffentliche Betrüger ist schlimmer als der private Betrüger. An so etwas hätte man früher nie gedacht. Aber es spiegelt sich darin die Tatsache, daß man jetzt das Schwergewicht nicht mehr auf das private, sondern auf das staatliche Leben setzt, es spiegelt sich darin das heutige etatistische Denken. Ja wir können sogar noch einen Schritt weiter gehen: es spiegelt sich darin ein Bruchstück des allgemeinen Kampfes gegen das private Vermögen. Das soll aus dem Nachfolgenden erhellen:

Treten wir zu dem verurteilten alten Manne hin, von dem wir nichts anderes wissen, als was in der Zeitung steht! Jene Schilderung genügt indessen vollkommen, denn sie besagt alles, worauf es ankommt. Der alte Mann und seine Ehefrau besaßen ein „bescheidenes“ Vermögen, dessen Ertrag aber lange nicht hingereicht hatte, um den Lebensunterhalt zu bestreiten, denn wir erfahren ja just nachher, daß er sich in einer „Notlage“ befand. Oder dieses Vermögen hätte vielleicht ein paar Jahre lang zum Leben hingereicht, und dann wäre es aufgebraucht worden, und die Eheleute wären gänzlich der öffentlichen Unter-

stützung anheimgefallen. Wichtig ist nun, daß der Mann das Vermögen wirklich besaß. Darüber, daß er es auch hätte aufbrauchen oder überhaupt nicht zusammensparen können, sind wir wohl mit jedermann einig. Aber er hatte es gespart. Nun kommt das Stoßende! Hätte der Mann wie so viele tausend andere das Geld nicht zusammengespart oder wenigstens zusammengehalten, so stände er nach der heutigen öffentlichen Meinung mittellos da und genösse den rechtmäßigen Anspruch auf die sogenannten Sozialleistungen. Kein Mensch würde ihn deswegen tadeln, denn es ist ja heute Brauch, nichts auf die Seite zu legen. Er stände dann einfach da wie Tausende, die ebenfalls nicht zu sparen verstanden und denen deswegen niemand ein Härchen krümmt. Er wäre dann — das ist nun der springende Punkt — auch gar nie in die Lage gekommen, den Staat zu betrügen. Tatsächlich wurde ihm die Sparsamkeit zum Verhängnis, und nun muß er seine Tat mit der Verurteilung zu Arbeitshaus büßen. Das gleiche Schicksal erreichte vor einigen Jahren eine 77jährige Spetterin, die 6780 Franken erspartes Vermögen nicht angegeben hatte.

Wir wollen nun keineswegs den Betrug beschönigen, den die beiden begingen, aber um so mehr bemängeln wir die rechtliche Ordnung, welche dergleichen schreiende Ungerechtigkeiten hervorbringt, daß der Nichtsparer besser gestellt wird als der Sparer. Wir lassen es uns grundsätzlich einfach nicht nehmen, daß die wirtschaftliche Selbsthilfe, welche im Sparen liegt, für den Staat von großem Vorteile ist. Wer nämlich sich selber hilft, den muß der Staat nicht aushalten. Wir wissen allerdings, daß dieser allzeit gesunde Gedanke von vielen Leuten, namentlich von solchen, die durch ihre Anstellung dem praktischen Lebenskampfe entfremdet sind, nicht mehr geteilt wird. Aber das bedeutet uns nichts. Wegleitend ist hier, was die Leute der Wirtschaft dazu sagen, und da begegnet uns just in der letzten Nummer der „Schweizerischen Handels-Zeitung“ ein Zitat aus dem Geschäftsbericht einer kleinen bernischen Sparkasse mit den Worten „Sein (d. h. des Sparheftes) Zweck ist, den Sparer vor Not und Entbehrung und vor allem vor den Sorgen des Alters zu schützen. Noch sind wir ja nicht soweit, daß wir eine allgemeine öffentliche und hinreichende Altersversicherung besitzen. Dem Staat ist aber just am besten gedient, wenn der einzelne Bürger spart und in den alten Tagen nicht auf seine Unterstützung angewiesen ist.“ Diese Feststellung führt uns unweigerlich zu dem Schlusse, daß jener geplagte alte Mann mit seinem Sparen eine sozial wertvolle Handlung vornahm, während umgekehrt der unbehelligte, leichtsinnige Nichtsparer unsozial wirkt. Trotzdem kam es zur Bestrafung!

Diese Betrachtungen müssen unbedingt in ein Postulat ausmünden: Die Sparsamkeit ist von Staates wegen zu schützen. Wer sich ein Vermögelein erspart hat, soll sich deswegen nicht nur nicht schlechter, sondern merklich besser stellen, wie es ihm zum Lohn auch gebührt. Er soll Sozialleistungen erhalten, ohne vorerst sein Vermögen aufbrauchen zu müssen (die Beamten bekommen auch nicht erst ihre Pensionen, wenn sie mittellos sind). Dann wird es keinem mehr einfallen, „Sozialbetrug“ zu begehen, und im Gegenteil wird der Sparsinn noch gefördert. Andererseits geht es keineswegs an, den Sozialbetrug“ strenger zu bestrafen als irgend einen anderen Betrug. Von dem Gedanken ausgehend, daß die gelinde behandelte Steuerhinterziehung jedenfalls moralisch und im Effekt nicht höher steht, ließe sich sogar an einen Sondertatbestand mit milderer Strafandrohung denken.

Schließlich: Ein höherer Richter denkt vielleicht anders über jenen alten Mann, als das Zürcher Obergericht über ihn denken mußte. . . .

Bülach, am 1. März 1941.

Walter Hildebrandt.